Geisteswissenschaft

Jacek Biernat

Das Vertrauen in die Europäische Union - Determinanten und Dimensionen im Vergleich alter und neuer Mitgliedsstaaten

Diplomarbeit

GRIN

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT

- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit

- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops

- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen und kostenlos publizieren

GRIN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de/ abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2007 GRIN Verlag
ISBN: 9783638799874

Dieses Buch bei GRIN:

https://www.grin.com/document/79432

Jacek Biernat

Das Vertrauen in die Europäische Union - Determinanten und Dimensionen im Vergleich alter und neuer Mitgliedsstaaten

GRIN Verlag

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

http://www.grin.com/

http://www.facebook.com/grincom

http://www.twitter.com/grin_com

Europa-Universität Viadrina Frankfurt(Oder)
Kulturwissenschaftliche Fakultät
Lehrstuhl für vergleichende Kultursoziologie

Das Vertrauen in die Europäische Union

Determinanten und Dimensionen im Vergleich alter und neuer Mitgliedsstaaten.

Diplomarbeit

Verfasser: Jacek Biernat

Abgabedatum: 25.01.2007

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen 5
Tabellen und Abbildungen 6
Abstract 7
1. Einleitung und Fragestellung 8
2.Theoretischer Hintergrund 9
2.1 Legitimität 9
2.2 Das Konzept politischer Unterstützung 10
2.3 Anwendung des Konzepts auf die Europäische Union 14
3. Zum Begriff Vertrauen 14
3.1 Politisches und soziales Vertrauen 14
3.2 Abgrenzung des Vertrauens innerhalb des Konzepts politischer Unterstützung 18
4. Das Unterstützungsobjekt: Die Europäische Union. 19
4.1 Das politische System der Europäischen Union 19
4.2 Legitimitätsbedarf 20
4.3 Demokratische politische Kultur in der EU? 21
4.4 Die politische Gemeinschaft der EU und die europäische Identität. 24
4.5. Vertrauen in die EU 28
5. Die Entstehung von Einstellungen zur Europäischen Union. Interessen oder Identität? 30
5.1 Zweckrational 31
5.2 Wertrational 33
5.3 National 33
5.4 Europäisch 36
5.5 Schlussbemerkungen 36
5.6 Thesen 37
6. Empirische Fragen, Hypothesen und Vorgehen 38
6.1 Dimensionen 38
6.2 Empirische Hypothesen zu den einzelnen Determinanten. 39
6.2.1 ökonomische Determinanten 39
6.2.2 Politische und kulturelle Determinanten 40
6.3 Länderauswahl 45
7. Empirische Umsetzung 47
7.1 Vorgehen 47
7.2 Das Vertrauen in die Europäische Union in Zahlen 48
7.3 Die inhaltliche Bestimmung des Vertrauens. Ergebnisse der Faktoranalyse. 50
7.4 Das Regressionsmodell 52
7.4.1 Auswahl der erklärenden Variablen. 52
7.4.2 Ergebnisse der Regressionsanalyse: Die Determinanten des Vertrauens 53
8. Länderprofile 59
8.1 Westdeutschland 59
8.1.1 Verteilungen 60
8.1.2 Dimensionen 60
8.1.3 Determinanten 61
8.2 Ostdeutschland 63
8.2.1 Verteilungen 63
8.2.2 Dimensionen 63
8.2.3 Determinanten 64
8.3 Belgien 65
8.3.1 Verteilungen 65
8.3.2 Dimensionen 66
8.3.3 Determinanten 66
8.4 Luxemburg 67
8.4.1 Verteilungen 67
8.4.2 Dimensionen 68
8.4.3 Determinanten 68

8.5 Österreich ... 69
8.5.1 Verteilungen ... 69
8.5.2 Dimensionen ... 70
8.5.3 Determinanten ... 70
8.6 Frankreich ... 71
8.7.1 Verteilungen ... 71
8.7.2 Dimensionen ... 72
8.7.3 Determinanten ... 72
8.7 Großbritannien ... 73
8.8.1 Verteilungen ... 73
8.8.2 Dimensionen ... 73
8.8.3 Determinanten ... 74
8.8 Schweden ... 76
8.9.1 Verteilungen ... 76
8.9.2 Dimensionen ... 76
8.9.3 Determinanten ... 77
8.9 Griechenland ... 78
8.6.1 Verteilungen ... 78
8.6.2 Dimensionen ... 79
8.6.3 Determinanten ... 79
8.10 Portugal ... 80
8.10.1 Verteilungen ... 80
8.10.2 Dimensionen ... 80
8.10.3 Determinanten ... 81
8.11 Tschechien ... 82
8.11.1 Verteilungen ... 82
8.11.2 Dimensionen ... 82
8.11.3 Determinanten ... 83
8.12 Ungarn ... 84
8.12.1 Verteilungen ... 84
8.12.2 Dimensionen ... 84
8.12.3 Determinanten ... 84
8.13 Slowakei ... 86
8.13.1 Verteilungen ... 86
8.13.2 Dimensionen ... 86
8.13.2 Determinanten ... 86
8.14 Polen ... 88
8.14.1 Verteilungen ... 88
8.14.2 Dimensionen ... 88
8.14.3 Determinanten ... 88
9. Beantwortung der Hypothesen ... 89
10. Quelle des Vertrauens: Werte oder Kalkül? ... 93
11. Schlusswort ... 94
Anhang ... 96
Die verwendeten Items ... 96
Eurobarometer 62 ... 96
European Values Survey 1999 ... 100
Varianzaufklärung der Teilmodelle und des Gesamtmodells (Standard-Regressionsgleichung) ... 103
Eurobarometer ... 103
European Values Survey 1999 ... 104
Ergebnisse der Faktoranalyse nach Ländern (Auswahl) ... 105
Belgien ... 105
Deutschland (Ost) ... 107
Deutschland (West) ... 109
Frankreich ... 111
Griechenland ... 113

Großbritannien 115
Luxemburg 117
Österreich 119
Polen 121
Portugal 123
Schweden 125
Slowakei 127
Tschechien 129
Ungarn 131
Literatur: 133

Abkürzungen

A	Österreich
B	Belgien
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CDU	Christlich Demokratische Union
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich Soziale Union
CZ	Tschechien
D-O; D Ost	Ostdeutschland
D-W; D West	Westdeutschland
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EB	Eurobarometer
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EU-15	Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vor der Erweiterung am 1.05.2004
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EVS	European Values Study
EZB	Europäische Zentralbank
F	Frankreich
FDP	Freie Demokratische Partei
GR	Griechenland
GB	Großbritannien
HU	Ungarn
HZDS	Hnutie za Demokraticke Slovensko
KKS	Kaufkraftstandards
L	Luxemburg
NATO	Nordatlantikpakt
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PL	Polen
P	Portugal
S	Schweden
SK	Slowakei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
UNO	Die Vereinten Nationen
WSA	Wirtschafts- und Sozialausschuss

Tabellen und Abbildungen

Tabelle I	Das Konzept politischer Unterstützung nach David Easton	S. 11
Tabelle II	Bewertungskriterien und Indikatoren der politischen Unterstützung	S. 18
Tabelle III	Einordnung der Determinanten politischer Unterstützung der EU mit beispielhaften Indikatoren	S. 31
Tabelle IV	Determinanten des Vertrauens in die Europäische Union (EB 62)	S. 54
Tabelle V	Determinanten des Vertrauens in die Europäische Union (EVS)	S. 56
Abbildung 1	Vertrauen in die EU (Alte Mitgliedsstaaten)	S. 49
Abbildung 2	Vertrauen in die EU (Neue Mitgliedsstaaten)	S. 50
Tabelle 1	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Belgien	S.105
Tabelle 2	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Belgien	S.106
Tabelle 3	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Ostdeutschland	S.107
Tabelle 4	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Ostdeutschland	S.108
Tabelle 5	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Westdeutschland	S.109
Tabelle 6	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Westdeutschland	S.110
Tabelle 7	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Frankreich	S.111
Tabelle 8	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Frankreich	S.112
Tabelle 9	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Griechenland	S.113
Tabelle 10	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Griechenland	S.114
Tabelle 11	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Großbritannien	S.115
Tabelle 12	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Großbritannien	S.116
Tabelle 13	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Luxemburg	S.117
Tabelle 14	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Luxemburg	S.118
Tabelle 15	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Österreich	S.119
Tabelle 16	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Österreich	S.120
Tabelle 17	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Polen	S.121
Tabelle 18	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Polen	S.122
Tabelle 19	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Portugal	S.123
Tabelle 20	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Portugal	S.124
Tabelle 21	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Schweden	S.125
Tabelle 22	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Schweden	S.126
Tabelle 23	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Slowakei	S.127
Tabelle 24	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Slowakei	S.128
Tabelle 25	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Tschechien	S.129
Tabelle 26	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Tschechien	S.130
Tabelle 27	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Ungarn	S.131
Tabelle 28	Dimensionen der politischen Unterstützung der EU in Ungarn	S.132

Abstract

Popular opinion of the European Union is becoming increasingly important for its legitimacy. This is due to the transfer of competencies from the member state to the European level, resulting in politicization. The purpose of this empirical study is to investigate citizens' trust in the EU as a political entity. According to the theory of political support originally developed by David Easton, trust is a central orientation toward a political system. While rather diffuse in nature, it simultaneously depends considerably on specific attitudes. As for the research design, the position of trust – diffuse or specific – will first be identified with the instrument of the principal components analysis using the 1999 wave of the European Values Survey and the Eurobarometer 62 (2004). Secondly, twelve hypotheses on possible determinants of attitudes toward integration will be tested in a series of standardized multiple regressions run separately on fourteen countries. As the results show, trust in the EU is not well internalized. In many countries, it is impossible to clearly attribute it to one of the factors of political support. However, in Western und Southern Europe the EU seems to be perceived as simply another regime institution, hence a part of the „domestic" political system. In contrast, in Britain and Eastern Europe, a „general European factor" emerges showing that respondents separate the national political system from the „foreign" European sphere. Across Europe, the three necessary factors shaping trust in the EU are as follows: trust in national parliament, satisfaction with EU democracy, and trust in the social security system. Support of the nation state and satisfaction with its systemic performance boost the respondents' trust in the EU. Thus, the EU is not viewed as an alternative to the domestic regime because the later is ineffective. However, the citizens also base their support for the EU depending on their understanding of democracy. Ultimately, few variables other than their political attitudes determine citizens' trust in the EU. When all plausible economic and political explanations are accounted for, identity and let alone religion have but minor additional influence. The implication is that neither culture, identity, nor religion poses a long term threat to the consolidation of popular support, and the level of trust can be elevated if Europe and the member states deliver.

1. Einleitung und Fragestellung

Die Einstellungen zur Europäischen Union spielen eine immer wichtigere Rolle, da sie zunehmend politisiert worden sind, und damit die tatsächliche Politik der EU und auch in den Mitgliedsstaaten immer stärker beeinflussen. Die Politisierung ergibt sich vor allem aus dem Abschied vom Luxemburger Kompromiss des Jahres 1966, also vom faktischen Einstimmigkeitsprinzip mit Vetorecht für jeden Staat, nach der Verabschiedung des Maastrichter Vertrages vor 15 Jahren. Im Zeichen von Nizza handelt es sich nicht mehr um ein Staatenforum, wo Entscheidungen nach dem Prinzip der Gleichheit aller und nur einstimmig fallen (oder eben nicht). Die europäische Politik ist in der Regel keine von Diplomaten gemachte Außenpolitik mehr, sie vollzieht sich immer mehr als Innenpolitik, als das Finden und Umsetzen bindender Entscheidungen aus einer Vielzahl gesellschaftlicher Forderungen. Dabei muss sichergestellt werden, dass die von einer Entscheidung negativ Betroffenen sie trotzdem akzeptieren, und nicht einfach blockieren, sabotieren oder sich abspalten. In gewisser Hinsicht ist das der Unterschied zwischen Intergouvernmentalismus und Demokratie.

Ist die passive Duldung aus der Zeit des „permissiven Konsens"[1] (Lindberg und Scheingold, 1970) also in eine aktive Befürwortung des EU-Institutionensystems oder stattdessen in Skepsis und Ablehnung umgeschlagen, die der EU zumindest die demokratische, oder populäre Legitimation abspricht?[2] Entspricht nun dem institutionellen Wandel, dem fortschreitenden Aufbau der politischen Union, ein politisch-kultureller Wandel in der Form von Stabilisierung des Regimevertrauens? Oder vergrößert sich das *cultural lag* sogar? Wie groß ist die Gefahr, dass die Einstellungen den Charakter von *non-attitudes* haben, weil das Objekt zu abstrakt und zu entfernt ist?

Die Kategorie „Vertrauen" im Blick, könnte die Frage folgendermaßen formuliert werden: „Ist die Zufriedenheit mit den Leistungen der Europäischen Union mittlerweile so internalisiert, das daraus Stabilität und möglicherweise auch ein Stück Legitimität entstanden ist?" Zugleich dürfen bei der Frage nach der Unterstützung der EU normative Kriterien, also die generelle Unterstützung einer „immer engeren Union" Europas nicht vernachlässigt werden, da sie eine gewichtige Rolle spielen können.

---

[1] Eine kritische Betrachtung der These des *permissive Konsensus* liefert Gabel, 1998c, besonders S. 35).

[2] Alternativ wird eine funktionale, intergouvernmentale Legitimierung vorgeschlagen. Zum liberalen Intergouvernmentalismus siehe u.a. Moravcsik (1993, 1997).

Im Zentrum der Arbeit steht die Bestimmung der Determinanten des Vertrauens. Es kann zweck- oder wertrational begründet oder, auf einer anderen Dimension, autonom europäisch oder nur eine Funktion, bzw., Extrapolation nationaler Einstellungen sein. Das Vertrauen wird zu einem Zeitpunkt[3] im Vergleich verschiedener Länder analysiert, da zwischen Ländern die größte Variabilität zu beobachten ist, und daher die wichtigsten Erkenntnisse zu erwarten sind. Zusätzlich sprechen Zwänge hinsichtlich Zeit und Umfang für eine pragmatische Begrenzung auf einen Zeitpunkt. Was sind also die Gründe für die enormen Vertrauensunterschiede zwischen den Ländern? Welche gemeinsamen Determinanten sind trotzdem überall nachweisbar?

Walz (1996:75) hat vier mögliche Schwerpunkte der politischen Vertrauensforschung skizziert: die Erforschung des 1. Ausmaßes und der Entwicklung, 2. der Struktur, 3. der Determinanten, des Vertrauens, und 4. seiner Auswirkungen auf die Bestandteile des politischen Systems. Diese Arbeit widmet sich vornehmlich den Punkten 2. (Dimensionen des Vertrauens) und 3. (Determinanten) zu; 1. wird eingangs umrissen, 4. steht nicht im Fokus.

Chronologisch vorgehend werden in der Arbeit zunächst das Konzept politischer Unterstützung und die Positionierung des Vertrauens darin, dann die Europäische Union als ein politisches System mit Legitimitätsbedarf vorgestellt. In einem weiteren Schritt werden Hypothesen zu Dimensionen und Determinanten des Vertrauens vorgestellt und empirisch getestet. Schließlich werden die Ergebnisse der Analysen generell und aufgeschlüsselt nach Ländern vorgestellt.

2.Theoretischer Hintergrund

2.1 Legitimität[4]

In den politik- und sozialwissenschaftlichen Debatten der letzten dreißig Jahre kehrt die Diagnose der „Legitimations- oder Vertrauenskrise“ westlicher Demokratien immer wieder. (Crozier/Huntington/Watanuki, 1975; Dalton, 2004, Habermas, 1973, 1976; Offe, 1972). Es verwundert also nicht, dass der Krisenzustand nun auch für das neu entstandene europäische Gemeinwesen „vorgesehen“ wurde (Scharpf, 1998; Steffani, 1995). Eine Bestätigung oder Ablehnung der dreifachen Krisenthese des Öffentlichkeits- (mediale Öffentlichkeit), Demokratie-

[3] Je nach Datensatz 2004 (EB) oder 1999 (EVS).

[4] Zur politikwissenschaftlichen Konzeptualisierung des Begriffs vergleiche: Schmidt, Manfred, 2004: Wörterbuch zur Politik. Stuttgart: Kröner: 412-413. Eine Übersicht der Bedeutungen von Legitimität (legale, empirische und

(orientiert an mitgliedsstaatlichen Normen), und Legitimitätsdefizits (im Vergleich zur Legitimität der Nationalstaaten) ist am ehesten durch empirische Analyse und auch Vergleich mit den Nationalstaaten möglich.[5]

Habermas definiert Legitimität als die „Anerkennungswürdigkeit einer politischen Ordnung" (1976:39). Lipset (1981:64) spricht von „a capacity of the system to engender and maintain the belief that the existing political institutions are the most appropriate for the society." In dieser Arbeit wird sie, mit Dieter Fuchs, deskriptiv, als „die faktische Anerkennung einer politischen Ordnung auf der Grundlage spezifischer Bewertungsstandards" (Fuchs, 1989:3) aufgefasst.
Die Anerkennungswürdigkeit des Elitenprojekts EU ist in vielen Sonntagsreden heraufbeschworen worden. Jetzt aber ist mehr denn je die Frage von Interesse, ob dieses von oben eingerichtete, neuartige politische System von seinen Bürgern angenommen und für legitim erachtet wird, und warum, auf Grund welcher Kriterien das passiert.
Die Legitimität des Regimes (und der Autoritäten) ist bei Easton Bestandteil (Subdimension) der Unterstützung des politischen Systems. Es ist ein teil der diffusen Unterstützung, die zum großen Teil aus Normen und Werten gespeist wird und in ihrer grundsätzlichen Bedeutung auf einer Stufe mit der normativen Identifikation mit der politischen Gemeinschaft, also der Konstruktion des Souveräns, steht. Im Falle der EU sind nach dem Modell also theoretisch die Legitimität der (politischen) Union sowie die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft der „Europäer" die diffusen, also dauerhaften und langfristig stabilen Grundlagen ihrer politischen Unterstützung. Beide sind wichtig und keine kann vernachlässigt werden. Um die Persistenz der EU zu gewährleisten, müssen sich die Europäer zum einen als solche erkennen, und zum anderen die Legitimität des Institutionensystems anerkennen.

2.2 Das Konzept politischer Unterstützung.

Ein viel beachtetes und für empirische Analysen operationalisierbares Konzept zur Erfassung der empirischen Legitimität politischer Systeme ist das der politischen Unterstützung von David

---

normative Legitimität) ist zu finden bei Pickel, 2001:301. Alle Theorien zur empirischen Legitimität gehen auf den Ursprungsgedanken von Max Weber zurück.

[5] Aus verhaltener Akzeptanz europäischer Institutionen ergibt sich nicht etwa ein spezifisch europäisches Defizit. Die von ihren nationalen Institutionen „erreichten" Werte liegen vielfalls noch darunter, selten daüber. Genauer wäre es vielleich von Defiziten auf allen Ebenen zu sprechen.